

Sessionsrückblick 2. Woche Frühlingsession 2017



Homophobie bald strafbar?

Auf meinen Zugfahrten nach Bern und zurück habe ich immer wieder die Gelegenheit, Zeitschriften zu lesen und zu studieren. In diesem Zusammenhang ist mir am Montagmorgen der 2. Sessionswoche ein Artikel der Stiftung Zukunft CH aufgefallen. Die Stiftung schreibt, dass die Rechtskommission des Nationalrats am 3. Februar 2017 mit 13 zu 10 Stimmen entschieden hat, die Antidiskriminierungsstrafnorm um die Kriterien „sexuelle Orientierung“ und „sexuelle Identität“ auszuweiten.

Die Kommission will mit einer Gesetzesänderung erreichen, dass homosexuelle Lobby-Gruppen wie Pink Cross künftig strafrechtlich gegen alle vorgehen können, welche Homosexualität für eine Anomalie halten, auch wenn sie Menschen mit homosexueller Neigung mit Respekt begegnen. Für die These der Anomalie spricht u.a. der wissenschaftliche Befund, dass viele Homosexuelle unter ihrer Neigung leiden. Die Kommissionsminderheit (wohlgemerkt ohne die Stimmen der CVP) war der Auffassung, dass die geplante Änderung die Meinungsfreiheit gefährdet.

Sollte dieses totalitäre Gesetz vom Parlament angenommen werden, dürfte auch die christliche Sicht auf die Homosexualität nicht mehr offen vertreten werden. Und das völlig hirnrissige Gender-Mainstreaming würde weiter vorangetrieben werden (Gender-Definition: Jeder Mensch ist bei seiner Geburt geschlechtsneutral. Es gibt, wie bisher angenommen, DAS Mädchen oder DEN Jungen in Wirklichkeit gar nicht).

Ernährungssicherheit

Die Initiative für Ernährungssicherheit des Schweizerischen Bauernverbandes will die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln aus einheimischer Produktion in der Verfassung verankern. Nach intensiven Beratungen beider Kammern stand am Dienstag ein Gegenvorschlag des Ständerats im Zentrum, der den Interpretationsspielraum des Verfassungsartikels einschränken und eine Bevormundung des Konsumenten vermeiden soll.

Mit 173 gegen 7 Stimmen bei 11 Enthaltungen sprach sich der Nationalrat für den Gegenvorschlag der kleinen Kammer aus. Keine Partei widersetzte sich dem Gegenvorschlag. Wenn der Gegenvorschlag in der Schlussabstimmung zum Ende dieser Session in der vorliegenden Form angenommen wird, dann wird der Schweizerische Bauernverband die Ernährungssicherheits-Initiative zurückziehen.

Und so sieht der Gegenvorschlag im Detail aus:

Art. 104a Ernährungssicherheit

Zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln schafft der Bund Voraussetzungen für:

- a) die Sicherung der Grundlagen für die landwirtschaftliche Produktion, insbesondere des Kulturlandes
- b) eine standortangepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion
- c) eine auf den Markt ausgerichtete Land- und Ernährungswirtschaft
- d) grenzüberschreitende Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Land- und Ernährungswirtschaft beitragen;
- e) einen ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln.



Klima- und Energielenkungssystem

Die Vorlage des Bundesrates zum Verfassungsartikel über ein Klima- und Energielenkungssystem „KELS“ stellt die zweite Etappe in der Energiestrategie 2050 dar und soll den Übergang von einem Förder- zu einem Lenkungssystem regeln. Der Gesamtverbrauch an Energie (Benzin, Heizöl, Gas, Holz etc.) muss dabei bis 2035 um 43% reduziert werden, was einem Verbrauch der Schweiz im Jahre 1966 entspricht.

Für diese Energiewende will der Bundesrat entsprechende Lenkungsabgaben einführen. Konkret schlägt er vor, dass der Bund Klimaabgaben auf Brenn- und Treibstoffen sowie Strom erheben kann. Im Konkreten ging es um eine Verdoppelung des Heizölpreises, eine Benzinpreiserhöhung um 26 Rappen und eine generelle Erhöhung der Strompreise. Mit seinen Vorschlägen scheiterte er aber im Parlament, weil keine Fraktion im Nationalrat hinter dem Klima- und Energielenkungssystem stand (wenn auch aus ganz unterschiedlichen Gründen).

Die SVP, die das Referendum gegen die Energiestrategie 2050 ergriffen hat geht allgemein davon aus, dass sämtliche anderen Parteien ausschliesslich gegen das KELS waren, um ein Scheitern der Energiestrategie an der Urne (21. Mai) zu verhindern. Nun ist der Ständerat wieder am Zug. Tritt dieser ebenfalls nicht auf die Vorlage ein, dann ist das KELS und damit die Finanzierungsquelle für das 200 Milliarden Franken teure Energiegesetz nicht mehr vorhanden - die Kosten bleiben jedoch bestehen.

Keine Unterstützung von NGO, die gegen Israel hetzen

Als Mitglied der Parlamentarischen Gruppe Schweiz-Israel hat mich besonders gefreut, dass sich der Nationalrat überraschend deutlich, mit 111 zu 78 Stimmen bei 4 Enthaltungen, für eine Motion meines Solothurner Fraktionskollegen Christian Imark ausgesprochen hat.

Damit will der Rat sicherstellen, dass die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) keine NGO (Nichtregierungsorganisation) unterstützt, die in „rassistische, antisemitische und hetzerische Aktionen“ oder Kampagnen etwa zur Boykottierung israelischer Produkte verwickelt sind. „Die Schweizer Aussenpolitik sei nicht glaubwürdig, wenn sie heute verschiedene Organisationen unterstütze, welche die Existenz des souveränen und demokratischen Staates Israel nicht anerkennen und diesen sogar boykottieren“, sagte der Verfasser der Motion.

Parlament will keine echte Asylpolitik in der Verfassung verankern

Eine parlamentarische Initiative der SVP-Fraktion verlangte eine Änderung der Bundesverfassung, mit dem Ziel, dass Personen, die über einen sicheren Staat in die Schweiz eingereist sind, vom Asylverfahren ausgeschlossen werden sollten. Gegen Asylentscheide sollte zudem nur noch von einer Verwaltungsbehörde und nicht mehr vor einem Gericht Beschwerde geführt werden können. Sämtliche Parteien (mit Ausnahme der SVP-Fraktion) lehnten das Anliegen ab.

Finanzielle Mittel für die Landwirtschaft in den Jahren 2018-2021

Der Nationalrat stimmte dem Kompromiss des Ständerates zu, welcher 232 Millionen Franken weniger als in der aktuellen Periode ausgeben wollte. Der Bundesrat wollte gar 514 Millionen Franken einsparen. Damit stehen für die kommenden vier Jahre Mittel von insgesamt 13,56 Milliarden Franken zur Verfügung.



Weiterhin keine Einigung beim Stabilisierungsprogramm

Der Ständerat hat in einem Punkt zwar eingelenkt und sich für zusätzliche Sparmassnahmen beim Bundespersonal ausgesprochen. Die Bundesverwaltung muss damit 2018 im Eigenbereich gegenüber dem Finanzplan 243,4 Millionen Franken sparen. Für das Jahr 2019 beläuft sich der Betrag auf 249,8 Millionen Franken. Das sind je 100 Millionen Franken mehr als der Bundesrat ursprünglich vorgeschlagen hatte. In anderen Punkten sind sich die Räte aber noch nicht einig.

Vorstossflut

In der aktuellen Frühlingsession ist mir besonders aufgefallen, dass das Parlament eine richtige Flut an politischen Vorstössen (Motionen, Postulate, parlamentarische Initiativen) zu behandeln hatte. Mein Eindruck täuscht nicht. Der Aktivismus der Bundesparlamentarier steigt nämlich von Jahr zu Jahr – und kostet den Steuerzahler immer mehr.

Vor zwanzig Jahren wurden in einer Legislatur knapp 3000 Interpellationen, Motionen, Postulate und parlamentarische Initiativen im National- und Ständerat eingereicht; in der letzten Legislatur (2011-2015) waren es bis Ende Jahr über 5500 Vorstösse. Die Bearbeitung eines Vorstosses schlägt im Schnitt mit 6120 Franken zu Buche.

Gleichzeitig erzielen Vorstösse heute immer weniger Wirkung. In der 45. Legislatur war noch jede zweite Motion erfolgreich. In der 49. Legislatur (2011-2015) waren es nur noch jede fünfte.

Ganz offensichtlich werden Vorstösse ausschliesslich für die Gallerie lanciert und das Parlament für den persönlichen Wahlkampf missbraucht.

Bern, im März 2017
David Zuberbühler